

Auftrag für Steuerberatung / Nichtunternehmer

Frau/Herr _____

Anschrift _____

Geburtsdatum _____.____.____ Geburtsort _____

Staatsangehörigkeit _____

hat sich ausgewiesen gem. § 2 Geldwäschegesetz durch

Personalausweis Reisepass Nr.: _____

ausgestellt am _____.____.____ durch _____

handelnd auf eigene Rechnung

und beauftragt

die Kanzlei :steuerberatung jakomeit kürbis, henriettenstr. 30, 33613 bielefeld

auf der Grundlage der beigefügten Allgemeinen Mandatsbedingungen für Steuerberatung (AMB) mit der Bearbeitung der nachfolgend bezeichneten und ausgeführten steuerlichen Angelegenheiten:

a) Einkunftsermittlung

Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten für/ab

_____ bei den

Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit

Einkünften aus Kapitalvermögen

Einkünften aus Vermietung und Verpachtung

sonstigen Einkünften (Renten, private Veräußerungsgeschäfte, sonstige)

b) Steuererklärungen

Anfertigung von Steuererklärungsentwürfen ab _____

- alle jährlichen Steuererklärungen
- einzelne Steuererklärungsarten
 - Einkommensteuererklärungen
 - Erklärungen zur einheitlichen und gesonderten Feststellung
 - Erklärungen zur gesonderten Feststellung des gemeinen Wertes
 - Sonstiges:

c) Prüfung von Steuerbescheiden

- alle vom Mandanten vorgelegten
- nur die unter b) aufgeführten
- nur _____

e) Vertretung

- Entgegennahme als Empfangs- und Zustellungsbevollmächtigter in Steuersachen
- Vertretung gegenüber Finanzbehörden
- Mitwirkung und Vertretung in Außenprüfungen
- Vertretung in sonstigen Fällen (z. B. vor Finanzgerichten)

Erforderliche Vollmachten werden in gesonderter Urkunde erstellt.

f) Sonstiges

- Gutachten über:

Bielefeld, den

(Unterschrift der Kanzlei)

(Unterschrift des Mandanten)

Jakomeit Kürbis : Steuerberatung

Allgemeine Mandatsbedingungen für Steuerberatung

§ 1 Mitwirkung Dritter

Der Auftragnehmer ist berechtigt, bei der Ausführung der ihm übertragenen steuerlichen Angelegenheiten geeignete Mitarbeiter, fachkundige Dritte, sowie Daten verarbeitende Unternehmen einzusetzen. Die eigene Verantwortlichkeit des Auftragnehmers bleibt hiervon unberührt.

§ 2 Verschwiegenheitspflicht

Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Angelegenheiten des Auftraggebers, die ihm bei oder anlässlich der Erledigung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass ihn der Auftraggeber schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung von Angelegenheiten zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers unbedingt erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit er nach den Versicherungsbedingungen der Berufshaftpflicht zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist. Die gesetzlichen Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt. Diese Verschwiegenheitspflicht des Auftragnehmers besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen, die aufgrund oder anlässlich seines Auftrags gefertigt wurden, darf der Auftragnehmer Dritten, außer in dem in § 3 Abs. 2 Satz 2 geschilderten Fall, nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen. Im gleichen Umfang wie für den Auftragnehmer selbst besteht die Verschwiegenheitspflicht auch für die Mitarbeiter und Hilfskräfte. Zieht der Auftragnehmer fachkundige Dritte und/oder Daten verarbeitende Unternehmen hinzu, hat er dafür Sorge zu tragen, dass diese ebenfalls Verschwiegenheit bewahren.

§ 3 Mängelbeseitigung

Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung von Mängeln. Dem Auftragnehmer ist die Gelegenheit zur Nacherfüllung zu geben. Beseitigt der Auftragnehmer die von dem Auftraggeber geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber die Mängel auf Kosten des Auftragnehmers von einem anderen Steuerberater beseitigen lassen bzw. Herabsetzung der Vergütung verlangen.

§ 4 Haftung

Der Auftragnehmer haftet für eigenen Vorsatz sowie vorsätzliches Handeln der Mitarbeiter und Hilfskräfte. Der Auftragnehmer hat eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von EUR 1.000.000 pro Einzelfall abgeschlossen. Er verpflichtet sich, die Versicherung in dieser Höhe so lange aufrechtzuerhalten, wie das Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber besteht. Soweit ein Schadenersatzanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer kraft Gesetzes einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem er entstanden ist. Der Anspruch ist innerhalb von sechs Monaten geltend zu machen, nachdem der Auftraggeber von dem Schaden Kenntnis erlangt hat.

§ 5 Haftungsbegrenzung und Haftungsausschluss

In einem Haftpflichtfall kann der Auftragnehmer von dem Auftraggeber nur bis zur Höhe der nach § 4 bestehenden Deckungssumme in Anspruch genommen werden. Wegen eines weiter gehenden Schadens wird eine Haftung des Auftragnehmers hiermit ausdrücklich ausgeschlossen. Für mündliche Auskünfte außerhalb eines vereinbarten Beratungsgesprächs oder telefonische Auskünfte ist jede Haftung ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn die Auskünfte schriftlich mit dem von dem Auftraggeber geschilderten Sachverhalt bestätigt werden.

§ 6 Vergütung

Leistungen, die der Auftragnehmer erbringt, werden, sofern darüber keine gesonderte Vereinbarung getroffen wurde, nach den Sätzen der Gebührenverordnung vergütet. Neben den Gebühren erhält der Auftragnehmer die Auslagen (Post- und Fernmeldegebühren, § 16 StBGebV, zusätzliche Schreibauslagen, § 17 StBGebV, und Reisekosten, § 18 StBGebV) zusätzlich vergütet, die er nach der Gebührenordnung in Rechnung stellen darf.

§ 7 Vertragsdauer

Das Vertragsverhältnis beginnt am Dauerverträge haben eine Laufzeit von einem Jahr und verlängern sich um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht vor Ablauf mit einer Frist von 6 Wochen zum Schluss eines jeden Kalendervierteljahrs gekündigt werden. Im Übrigen gelten für die Kündigung des Vertrags die Bestimmungen der §§ 626 und 627 des BGB. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

Jakomeit Kürbis : Steuerberatung

§ 8 Informationspflicht des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer fertigt für den Auftraggeber von allen Steuererklärungen und Anträgen sowie sonstigen Schriftsätzen Abschriften oder Ablichtungen an und leitet diese dem Auftraggeber unverzüglich zu.

§ 9 Abtretung von Honoraransprüchen

Der Auftragnehmer kann Gebührenforderungen an andere Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte abtreten. An andere Personen, die nicht als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte zugelassen sind, kann der Auftragnehmer Gebührenforderungen abtreten, wenn die Forderung rechtskräftig festgestellt ist oder der Auftraggeber dem Auftragnehmer die ausdrückliche schriftliche Einwilligung erteilt hat.

§ 10 Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Handakten

Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen der Gebühren und Auslagen befriedigt ist, sofern nicht die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde.

§ 11 Mitwirkung des Auftraggebers

Der Auftraggeber ist verpflichtet, an der Ausführung des Auftrags mitzuwirken, soweit es für die ordnungsmäßige Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Er hat dem Auftragnehmer sämtliche für die Erledigung des Auftrags erforderlichen Nachweise, Urkunden und sonstigen Unterlagen (z.B. ihm/ihr zugestellte Mahnbescheide, Klageschriften, Verwaltungsakte, Einspruchs- und Beschwerdeentscheidungen und andere an ihn/sie gerichtete Schriftstücke), die im Zusammenhang mit den von dem Auftragnehmer zu bearbeitenden Steuerangelegenheiten stehen, zur Einsichtnahme zu überlassen und die zur Aufklärung des Sachverhalts notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§ 12 Wahrung von Ausschluss- und Notfristen

Der Auftragnehmer ist zur Wahrung von Not- (Einspruchs-, Beschwerde-, Klage- und Rechtsmittelfristen) oder Ausschlussfristen (nicht verlängerbare Antragsfristen und nach der Finanzgerichtsordnung von Vorsitzenden oder Berichterstatter gesetzte Fristen) nur verpflichtet, wenn

- a) der Bescheid bzw. das Schriftstück dem Auftragnehmer direkt übersandt wurde, z.B. weil der Auftragnehmer Zustellungsvollmacht hatte, oder
- b) der Auftraggeber den Bescheid oder das Schriftstück erhalten hat und er dem Auftragnehmer rechtzeitig die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt sowie einen gesonderten Auftrag zur Antragstellung, Einlegung des Rechtsbehelfs oder Erhebung der Klage erteilt hat. Diese Auftragserteilung kann auch mündlich erfolgen. Sie muss dann aber umgehend von dem Auftragnehmer schriftlich bestätigt werden.

§ 13 Vollmacht

Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer für die Vertretung vor den Behörden gesonderte Vollmachten erteilen.

§ 14 Schriftform

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.

§ 15 Wirksamkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Steuerberatungsvertrags unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch Regelungen zu ersetzen, die dem ursprünglichen verfolgten Zweck so nahe wie möglich kommen und deren Wirksamkeit keine Bedenken entgegenstehen.

Ort, Datum

Unterschrift des Auftraggebers

Ort, Datum

Unterschrift Steuerberatung